

tet, weil er während seiner Amtszeit in Sichuan von 1996 bis 2003 100 Mio. Yuan aus Staatsgeldern unterschlagen haben soll. Anfang Januar wurde auch die Ehefrau des wegen Bestechlichkeit zum Tode verurteilten Wang Huaizhong, des früheren Stellvertretenden Gouverneurs der Provinz Anhui, zu 10 Jahren Haft verurteilt (vgl. C.a., 2004/2, Ü 14). Ihr wird eine Beteiligung an der Straftat ihres Ehemannes vorgeworfen. Über vier weitere Verhaftungen von Funktionären auf Provinzebene wurde bereits im Dezember berichtet. Zu den betroffenen Provinzen gehören Jiangsu, Hunan und Heilongjiang. Ebenso fanden sich in Staatsunternehmen korrupte Funktionäre. Der frühere Präsident einer staatseigenen Petrochemischen Fabrik im südchinesischen Shenzhen, Chen Yongqing, wurde Ende Dezember zu 11 Jahren Haft wegen Unterschlagung und Korruption verurteilt. (FAZ, 21.1.05; SCMP, 22., 30.12.04, 13., 17., 18., 19.1.05; ST, 12., 21.1.05; WSJ, 12., 28.1.05; RMRB, 17.1.05; XNA, 7., 15., 16.1.05; Xinhua, 11., 16.1.05, nach BBC PF, 13., 19., 22.1.05; Kyodo News Service, 23.12.04, nach BBC PF, 24.12.04; *The Standard* online, 15.1.05, nach BBC PF, 16.1.05) -kw-

---



---

## Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

---



---

### 15 Politbüro diskutiert Wissenschaftsstrategie

Unmittelbar vor Ende des Jahres 2003 hat das Politbüro der KP Chinas auf einer gemeinsamen Studiensitzung unter der Leitung seines Generalsekretärs Hu Jintao die chinesische Wissenschaftsstrategie diskutiert und damit auch die Bedeutung dieses Themas für die weitere Entwicklung Chinas unterstrichen. Hu selbst hielt eine „wichtige Rede“, die von allen Parteiorganisationen und den Regierungen auf allen Ebenen „ernsthaft“ studiert wer-

den soll. Bis zum Jahre 2010 will China im weltweiten Vergleich seiner wissenschaftlichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit unter die ersten zehn Nationen kommen. Derzeit allerdings – so Xinhua in einem Beitrag zur Politbürositzung – sei dies noch nicht gewährleistet. Einerseits stelle die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung und auch die soziale Situation immer höhere Anforderungen an Wissenschaft und Technologie, andererseits sei China in der Industrie technologisch immer abhängiger vom Ausland und ein „technologisches schwarzes Loch“ verschlinge eigene Forschungskapazitäten; tatsächlich nehme die Unterstützung für Wissenschaft und Technologie ab. Viele Wissenschaftler hätten daher auch auf dem Jahrestreffen der Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie im November 2004 laut beklagt, dass „Wissenschaft und Technologie noch nicht zur primären Produktivkraft geworden seien“.

Trotz aller Anstrengungen und eines substanziell gestiegenen wissenschaftlichen Outputs – hob auch das Parteiorgan *Volkszeitung* hervor – sei die Zahl der eigenen signifikanten wissenschaftlichen Errungenschaften noch klein, China bewege sich im internationalen Wettbewerb eher im unteren Mittelfeld. Wolle man die eigenen hochqualifizierten Wissenschaftler und Technologen voll ins Spiel bringen, dann müsse sich das gesamte Personalmanagement ändern, es müssten nicht nur Spitzenforscher, sondern auch deren Teamgeist gefördert werden, bessere Lebens- und Forschungsbedingungen für sie seien notwendig, ein objektives und faires Evaluationssystem müsse geschaffen und Aufstiegsmöglichkeiten nach fairem Wettbewerb gewährleistet werden. Dazu gehörten auch Anreizsysteme und ein am Markt ausgerichtetes Stellensystem. (XNA, 30.12.04, nach BBC EF, 1.1.05; XNA, 25.1.05, nach BBC PF, 27.1.05; RMRB online, 20.1.05) -gs-

### 16 Pressekonferenz zum Bildungswesen

Auf einer Pressekonferenz am 27. Januar hat Erziehungsminister Zhou Ji zu verschiedenen Problemen des Bildungswesens Stellung bezogen, allerdings keine neuen Akzente gesetzt:

Hinsichtlich der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen zeigte er sich optimistisch. Der Schlüssel zur Lösung sei das gegebene Wirtschaftswachstum; alle Regierungen würden ihren Service verbessern, das bereits geschaffene gemeinsame Informationssystem müsse besser genutzt und die am Markt orientierte Lehrreform vorangebracht werden.

Die Einführung der neunjährigen Pflichtschule in den ländlichen Gebieten werde weiter betrieben; 8% der Gebiete in West- und Zentralchina hätten sie noch nicht verwirklicht. Hier greife die Regierung mit dem Bau von Internaten und der Ausweitung des Fernlernens ein. Auch die Steuerreform und die so erreichte Reduzierung der Landwirtschaftssteuer werde helfen. Und nicht zuletzt werden arme Familien durch Finanzhilfen oder Befreiung von Lehrmittelgebühren unterstützt. Allerdings bleibe auch mit Ausweitung der Pflichtschule die Lücke im Bildungsniveau zwischen Stadt und Land bestehen.

Am bisherigen System der Postgraduierten wolle man festhalten und die Forschungsanteile in ihrer Ausbildung noch steigern. Jeder zweite Absolvent des Grundstudiums in China habe sich am 21. Januar an den Aufnahmeprüfungen für ein Postgraduiertenstudium beteiligt, insgesamt 1,17 Mio. Studenten.

Man werde weiter gegen überzogene und willkürliche Schul- und Studiengebühren angehen, in der Pflichtschule sei bereits in den letzten Jahren das Prinzip „einheitlicher Gebühren“ für alle Schulen erfolgreich umgesetzt worden. Dass die Eltern bereit seien, für die beste Ausbildung ihrer Kinder auch mehr Gebühren zu zahlen, hätten einige Schulen aus Profitgier ausgenutzt;

dies müsse in Zukunft durch klare Regeln verhindert werden, an denen die Bildungsexperten bereits arbeiteten.

Zhou wandte sich auch gegen Meldungen, 48% der Lehrer in Shanghai hätten aufgrund steigender Schülerzahlen bereits psychische Probleme. Die meisten seien gesund und für die anderen werde man die psychologische Betreuung verbessern. (XNA, 27.1.05; RMRB online, 28.1.05) -gs-

### 17 Heiratserlaubnis für Studenten

Ein Beamter des Bildungsministeriums hat bestätigt, dass mit den neuen Regeln zur Verwaltung von Hochschulstudenten, an deren Entwurf seit 1996 gearbeitet wird, auch das seit fünfzig Jahren bestehende Verbot für Studenten im Grund- und Postgraduiertenstudium, zu heiraten oder schwanger zu werden, fallen wird. Bisher hatten die betroffenen nur die Wahl zwischen Heirat und Kind oder Studium und Abtreibung.

Einer Umfrage der Beijing-Universität an 16 Universitäten zufolge befürworten ein Drittel von 951 befragten Studenten im Grundstudium die Aufhebung des Heiratsverbots, während 17,7% dieses unterstützen; 57% von 467 befragten Absolventen an 10 Universitäten sind gegen das Verbot Kinder zu bekommen, 12% dafür. (XNA, 21.1.05) -gs-

### 18 Über 25.000 US-Visa für chinesische Studenten

Die USA haben im Fiskaljahr 2004 25.647 Visa für chinesische Studenten ausgestellt, 15% bzw. 4.000 mehr als im Vorjahr. Insgesamt erhielten 478.219 Studenten aus aller Welt ein Visum zum Studium in den USA, 4.500 mehr als im Vorjahr. Chinesische Studenten stellen damit gut 5% der Visaempfänger. (XNA, 7.1.05) -gs-

---



---

## Gesellschaft

---



---

Günter Schucher

### 19 Soziale Probleme

In ihrer jüngsten Analyse der sozialen Situation in China hat die Akademie für Sozialwissenschaften sieben Probleme benannt, die geeignet sind, die weitere Entwicklung Chinas zu behindern:

Durch Industrialisierung und Urbanisierung haben inzwischen 40 Mio. Bauern ihr Land verloren, dies verschärft die sozialen Gegensätze.

Die Einkommensschere zwischen den Regionen und Wirtschaftsbereichen vergrößert sich weiter, auch die innerhalb der Städte. Dies hat eine Untersuchung unter 50.000 Städtern im ganzen Land im Jahr 2004 ergeben. Danach sind die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der obersten Dezil mit 13.332 Yuan um 2,8-mal höher als der Durchschnitt, die der untersten Dezil betragen aber mit 1.397 Yuan nur 29% des Durchschnitts; die Differenz beider zueinander hat sich von 9,1:1 im Jahre 2003 auf 9,5:1 noch vergrößert.

Die Beschäftigungslage wird auf lange Zeit schwierig bleiben, für 24 Mio. Arbeitssuchende stehen nur 9 Mio. Arbeitsplätze zur Verfügung; hinzu kommen noch 740.000 Hochschulabsolventen ohne Job.

Auch die Restarmut stelle ein Problem dar. Zwar habe China die Armutsrate auf 3% drücken können, aber das Kriterium für absolute Armut liege mit 625 Yuan im Jahr weit unter der UN-Marge von 900 Yuan und eine weitere Reduzierung der Armut sei außerordentlich schwierig.

Trotz großer Anstrengungen im Antikorruptionskampf würden ständig neue Fälle entdeckt.

Ressourcenknappheit, ihre niedrige Nutzungsrate sowie die z.T. sehr ernststen Umweltschäden behindern

eine dauerhafte Entwicklung.

Auch die sozialen und psychischen Probleme, die das schnelle Wachstum mit sich bringe, müssen Berücksichtigung finden. Vor allem die niedrigen Einkommensgruppen sind mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten sehr unzufrieden. (RMRB online, 24.1.05) -gs-

### 20 Arbeitslosenrate gesunken

Erstmalig seit 1991 ist im letzten Jahr die Rate der registrierten Arbeitslosen wieder etwas gesunken. Hatte sie 1991 noch 2,3% betragen, so war sie bis 2003 kontinuierlich auf 4,3% gestiegen; in absoluten Zahlen hatte die Zahl der Arbeitslosen von 3,52 Mio. auf 8 Mio. zugenommen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich diese Zahlen nur auf die in den Städten offiziell als arbeitslos registrierten Arbeitskräfte bezieht. Selbst in den Städten sind weder die „stille Reserve“ (also Arbeitslose, die sich aus verschiedensten Gründen nicht als „Arbeit suchend“ registrieren lassen) noch die von Staatsbetrieben freigesetzten Arbeitskräfte (*xiagang rennyuan*) einbezogen. 2004 nun sank die Rate um 0,1% und lag damit um 0,5% niedriger als die vorhergesagten 4,7%. Als Gründe wurden seitens des Arbeitsministeriums das Wirtschaftswachstum von 9,5%, die im Jahre 2002 begonnene aktive Arbeitsmarktpolitik und die massive Ausweitung flexibler Beschäftigungsformen genannt.

Aufgrund des Wirtschaftswachstums war es 2004 gelungen, 9,8 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich zu beschäftigen, 800.000 mehr als vorher geschätzt. Die Regierungen aller Ebenen bemühen sich in den letzten Jahren vor allem auch um die Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeitskräfte: Von ihnen konnte 5,1 Mio. wieder eine Arbeit vermittelt werden, darunter 1,4 Mio. sog. „4050ern“ – schwer vermittelbaren Arbeitskräften in den 40er und 50er Jahren. Insgesamt gehen Fachleute davon aus, dass das Problem der Freisetzung in naher Zukunft an Bedeutung verlieren wird. Die Re-